

scher Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und Beschäftigungsentwicklung stellt sich erst später ein.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Mit dem genannten Vorbehalt für Ungarn und Slowenien resultiert insgesamt ein stabiler systematischer Zusammenhang zwischen Beschäftigung und Wirtschaftswachstum. Dies erleichtert es grundsätzlich, wirtschaftspolitische Ziele und Programme zu diskutieren. Von besonderer Bedeutung erweisen sich die beschäftigungspolitischen Ziele der EU. Es ist mittlerweile klar, dass das Ziel der EU, im Jahre 2010 eine Quote für die Gesamt-EU von 70% (Lissabon-Ziel) zu erreichen,¹⁰ nach dem Beitritt der neuen Länder unrealistisch ist. Die oben durchgeführte empirische Schätzung zeigt, dass die Erhöhung der Beschäftigungsquote in den

meisten neuen EU-Ländern nicht vorrangig ein Problem der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit ist. Fraglich ist auch, ob Reformen am Arbeitsmarkt, wie in den Empfehlungen der EU-Kommission zur Erreichung des Lissabon Ziels allein ausreichen, um die Beschäftigungswirkung von Wachstum in den Beitrittsländern zu erhöhen. Offenbar spielt auch die Politikkonsistenz eine Rolle. Im Widerspruch zum Beschäftigungsziel steht beispielsweise die im Rahmen der „2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik kofinanzierte Strukturrente“, bei der es sich um ein Frühverrentungssystem handelt. Diese gilt seit Mai 2004 und wird vor allem in Polen dazu beitragen, dass die Beschäftigungsschwelle nicht so schnell sinkt.

*Hubert.Gabrisch@iwh-halle.de
willem.wolters@gmx.de*

Investitionen auswärtiger Unternehmen in Ostdeutschland deutlich höher als in Mittelosteuropa

Die Frage nach dem Engagement auswärtiger Investoren in Ostdeutschland¹¹ im Vergleich zu den Ländern Mittelosteuropas ist insbesondere unter dem Gesichtspunkt „konkurrierender“ Standorte von großem Interesse. Während für die mittelosteuropäischen Länder auf der einen Seite¹² und für Ostdeutschland auf der anderen Seite¹³ jeweils

empirische Analysen zu den Aktivitäten ausländischer Investoren vorliegen, ist eine vergleichende Untersuchung der beiden Regionen bislang nicht erfolgt. Das hat zweifellos mit den Besonderheiten Ostdeutschlands aufgrund der deutschen Wiedervereinigung zu tun, aber auch mit der weitaus schwierigeren Datenverfügbarkeit für die neuen Bundesländer.

Im Folgenden wird aufgezeigt, warum die sehr häufig verwendete Größe „ausländische Direktinvestition“ für die hier angestrebte Untersuchung ungeeignet ist. Es werden Alternativen zur Verwendung der Direktinvestitionsdaten besprochen und die Sonderrolle Ostdeutschlands im Hinblick auf die Datenverfügbarkeit diskutiert. Im empirischen Teil des Beitrags werden erstmals unter Berücksichtigung aller erfassungstechnischen Probleme und Besonderheiten Ostdeutschlands die Anlageinvestitionen auswärtiger Investoren in Ostdeutschland und Mittelosteuropa vergleichend

¹⁰ KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: Bericht der Kommission für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Brüssel, Februar 2004.

¹¹ Die Bezeichnung „auswärtige Investoren“ bzw. „auswärtige Unternehmen“ schließt im Fall Ostdeutschlands aus Gründen, die im Folgenden noch näher erläutert werden, sowohl die ausländischen als auch die westdeutschen Investoren ein.

¹² Vgl. z. B. HUNYA, G.: Manufacturing FDI in New EU Member States – Foreign Penetration and Location Shifts between 1998 and 2002. WIIW Research Reports, No. 311, November 2004. – LÖNNBORG, M.; OLSSON, M.; RAFFERTY, M.: The Race for Inward FDI in the Baltic States and Central and Eastern Europe, in: Oxelheim, L.; Ghauri, P. N. (Hrsg.), European Union and the Race for Foreign Direct Investment in Europe. Elsevier, Amsterdam usw. 2004, S. 323-353.

¹³ Vgl. z. B. BELITZ, H.; BRENKE, K.; FLEISCHER, F.: Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern. DIW-Sonderheft Nr. 169. Duncker & Humblot,

Berlin 2000. – HAAS, B.: Ausländische Unternehmen in Ostdeutschland. Analyse ihres Markteintritts im Lichte der Theorie der Direktinvestitionen. Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main 1996.

dargestellt.¹⁴ Mögliche Gründe für die zu Tage tretenden Unterschiede werden in diesem Beitrag diskutiert.

Ausländische Direktinvestitionen: Erfassung und Aussagekraft einer Zahlungsbilanzgröße

Ausländische Direktinvestitionen umfassen grenzüberschreitende Kapitalströme entsprechend der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) empfohlenen Definition. Die Regelungen des IWF sind Empfehlungen mit dem Ziel, die internationale Datenvergleichbarkeit zu verbessern, was in der Vergangenheit auch, zumindest teilweise, gelungen ist.¹⁵ Die dennoch bestehenden Unterschiede in der Datenerfassung führen allerdings zu Schwierigkeiten der internationalen Vergleichbarkeit von Direktinvestitionsstatistiken.¹⁶

Abgesehen davon ist zu berücksichtigen, dass Direktinvestitionen ausschließlich grenzüberschreitende Kapitalströme erfassen und nicht gleichgesetzt werden können mit Realinvestitionen bzw.

¹⁴ Die Bezeichnung „Mittelosteuropa“ bezieht sich in diesem Beitrag, je nach Datenverfügbarkeit, auf die Länder Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

¹⁵ Viele OECD-Länder sind inzwischen dazu übergegangen, die 10%-Grenze als Definitionskriterium einzuführen. In Deutschland werden Direktinvestitionen beispielsweise seit 1999 auf der Grundlage der 10%-Regel erfasst. Von 1990 bis 1998 galt hier die 20%-, davor die 25%-Grenze. Eine Anpassung der Statistiken nach Umstellung der Definition erfolgt in der Regel nicht, so auch nicht in Deutschland. Nach Berechnungen des IWF ist der Anteil der Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung zwischen 10 und 20% jedoch insgesamt so gering, dass die Umstellung der Definition ohne nennenswerte Folgen für den intertemporalen Datenvergleich ist. Siehe JOST, T.: Zur Aussagekraft der Direktinvestitionsstatistiken der Deutschen Bundesbank, in: Döhrn, R.; Heiduk, G. (Hrsg.), Theorie und Empirie der Direktinvestitionen. Berlin 1999, S. 129-148. Abgesehen von dem immer mehr zum Standard werdenden Definitionskriterium von 10%, besteht hinsichtlich der Berücksichtigung der anderen, auch als Direktinvestition zu erfassenden, Komponenten weiterhin hoher Anpassungsbedarf.

¹⁶ Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Zur Problematik internationaler Vergleiche von Direktinvestitionsströmen, in: Deutsche Bundesbank Monatsbericht 1997 Nr. 5, Jg. 49, S. 79-86. – SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Reformen voranbringen, Jahresgutachten 1996/1997, S. 64 ff. – DÖHRN, R.; HEILEMANN, U.: Zweifelhafte Größe der Direktinvestitionen, in: Neue Zürcher Zeitung, 7.04.1999, S. 25. – BORRMANN, C.: Methodical Problems of FDI Statistics in Accession Countries and EU Countries. HWWA Report Nr. 231, Hamburg 2003.

Sachkapitalbildung. Mit anderen Worten: Ausländische Direktinvestitionen sagen nichts darüber aus, welchem Verwendungszweck Kapital im Empfängerland zugeführt wird. Anders als es die Bezeichnung vermuten lässt, dienen Direktinvestitionen nicht in jedem Fall dazu, neue Produktionsstätten zu gründen oder zu erweitern. Hinter den Direktinvestitionszahlen kann sich beispielsweise auch die Übernahme eines Unternehmens durch einen ausländischen Investor verbergen, was im Empfängerland oftmals keinerlei Sachkapitalbildung oder positive Beschäftigungseffekte nach sich zieht. Ferner werden die über Bankkredite, also durch Fremdkapital finanzierte Investitionen ausländischer Unternehmen nicht als Direktinvestition verbucht.¹⁷

Kasten 1:

Definition ausländischer Direktinvestitionen

Laut IWF liegt eine ausländische Direktinvestition vor, wenn ein Investor durch den Erwerb von Beteiligungen an einem Unternehmen im Ausland einen langfristigen und nennenswerten Einfluss auf dessen Geschäftstätigkeit ausübt. Dies ist nach Auffassung des IWF gegeben, wenn der ausländische Investor mindestens 10% der Eigenkapitalanteile besitzt. Neben der Eigenkapitalbeteiligung als Hauptgröße sollen ebenfalls als Direktinvestition erfasst werden:

- die vom ausländischen Investor eingebrachten Sachmittel,
- die im Gastland reinvestierten Gewinne,
- die kurz- und langfristigen Kredite von der Muttergesellschaft
- sowie alle indirekten Kapitalbeteiligungen, das heißt der Erwerb von mindestens 10%igen Beteiligungen an Unternehmen im Gastland durch die ausländischen Tochtergesellschaften.³

Die rein pragmatische 10%-Grenze dient vor allem dazu, ausländische Direktinvestitionen in der Zahlungsbilanz von Portfolioinvestitionen abzugrenzen. Neben dem Erwerb von Beteiligungen an bestehenden Unternehmen oder deren Übernahme werden natürlich auch die im Zusammenhang mit der Neugründung ausländischer Tochtergesellschaften eingebrachten Eigenkapitalanteile der Muttergesellschaft als Direktinvestition erfasst.

³ Vgl. INTERNATIONAL MONETARY FUND: Balance of Payments Manual. Washington 1993, S. 86 ff. und OECD: Benchmark Definition of Foreign Direct Investment. Paris 1996, S. 7 ff.

¹⁷ Vgl. DÖHRN, R.: Direktinvestitionen und Sachkapitalbildung: Statistische Unterschiede und ihre ökonomischen Implikationen, in: RWI Mitteilungen 1996, Jg. 47, S. 19-33.

Alternative zu Direktinvestitionsdaten: Kennzahlen ausländischer Unternehmen

Will man die tatsächlich von ausländischen Unternehmen ausgehenden Sachinvestitionen abbilden, ist es erforderlich, die Anlageinvestitionen ausländischer Tochtergesellschaften zu ermitteln. Die OECD bemüht sich seit einigen Jahren um die international vereinheitlichte Erfassung einer ganzen Reihe von „Kennzahlen ausländischer Unternehmen“, darunter auch die Anlageinvestitionen.¹⁸ Nach Empfehlung der OECD sollen sich die Angaben auf Unternehmen mit einer ausländischen Mehrheitskapitalbeteiligung beziehen.¹⁹ Im jüngsten Datenreport beziehen sich fast alle Länder auf dieses Definitionskriterium. Nur Ungarn und die USA machen Angaben für Unternehmen mit einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%. Abgesehen von diesem eher als marginal zu betrachtenden Problem²⁰, sind die von der OECD vorgelegten Kennzahlen bisher noch sehr lückenhaft und werden mit geraumer zeitlicher Verzögerung veröffentlicht.

Neben den OECD-Daten stellt, gerade für die mittel- und osteuropäischen Länder, die Datenbank des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) eine geeignete Quelle für Kennzahlen ausländischer Unternehmen dar. Die Daten, darunter auch die Anlageinvestitionen, werden auf der Basis der nationalen Quellen der Länder zusammengestellt.²¹ Aus Gründen der besseren Datenvergleichbarkeit und -verfügbarkeit (Aktualität)

werden im Folgenden zur Darstellung der mittelosteuropäischen Länder die WIIW-Daten verwendet.

Für Ostdeutschland ist die Deutsche Bundesbank zwar in der Lage, im Rahmen individueller Sonderauswertungen Kennzahlen ausländischer Unternehmen vorzulegen. Diese Angaben sind aber aufgrund erfassungstechnischer Besonderheiten, die u. a. mit dem regionalen Charakter Ostdeutschlands zusammenhängen, nicht mit denen der mittelosteuropäischen Länder vergleichbar. Dies soll im Folgenden kurz erläutert werden.

Sonderrolle Ostdeutschlands in der amtlichen Erfassung ausländischer Investitionen

Anders als die mittelosteuropäischen Länder stellt Ostdeutschland lediglich eine Region innerhalb der Bundesrepublik Deutschland dar, was bei der amtlichen Erfassung von Kennzahlen ausländischer Unternehmen zu Verzerrungen führt.

Die Deutsche Bundesbank erfasst die Angaben zu ausländischen Investoren ausschließlich für das Bundesland mit dem Hauptsitz des ausländischen Unternehmens. Für Ostdeutschland führt dies zu einer Unterbewertung, denn man kann davon ausgehen, dass viele der seit langem in Westdeutschland etablierten Niederlassungen multinationaler Unternehmen Betriebsstätten in Ostdeutschland gegründet haben, die erfassungstechnisch aber Westdeutschland zugerechnet werden.²²

Eine weitere ostdeutschlandspezifische Problematik besteht darin, dass in den neuen Bundesländern seit Beginn der Transformation nicht nur die ausländischen, sondern auch und gerade die westdeutschen Investoren eine wichtige Rolle spielen. Diese gehen aber naturgemäß nicht als ausländische Unternehmen in die Statistik der Deutschen Bundesbank ein. Sachlich sind sie allerdings nicht von den ausländischen Unternehmen zu trennen, denn beide erfüllen im Hinblick auf Transformations- bzw. Aufholprozesse identische Funktionen wie Modernisierung des Kapitalstocks, Umstrukturierung und Technologietransfer. Außerdem sind

¹⁸ Von den 30 OECD-Ländern legten für den jüngsten Datenreport nur 17 Länder Kennzahlen vor, darunter auch Polen, Ungarn und die Tschechische Republik. Kaum eines der Länder, die Daten meldeten, machte jedoch Angaben zu allen Kennzahlen. Die Kennzahlen werden durch die OECD veröffentlicht in der Reihe „Measuring Globalisation. The Role of Multinationals in OECD Economies“, zuletzt in der Ausgabe von 2002. Die aktuellsten Daten darin beziehen sich auf das Jahr 1998 oder 1999.

¹⁹ Vgl. OECD: Measuring Globalisation. The Role of Multinationals, in: OECD Economies. Paris 2002, S. 10.

²⁰ Die Mehrzahl der Direktinvestitionsunternehmen in den hier betrachteten Ländern sind Unternehmen mit einer ausländischen Mehrheitskapitalbeteiligung (siehe Fußnote 24).

²¹ Die von den nationalen Behörden übermittelten Daten beruhen in der Regel auf den Angaben der Bilanzen der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung. In Tschechien werden die Angaben für einen Teil der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung (20 bis 100 Beschäftigte) auf der Basis einer Stichprobe geschätzt.

²² Zur Problematik der amtlichen Daten ausländischer Investoren in Ostdeutschland siehe auch BELLMANN, L.; ELLGUTH, P.; JUNGnickel, R.: Produktivität in auslandskontrollierten Betrieben Ostdeutschlands, in: Bellmann, L. (Hrsg.): Die ostdeutschen Betriebe in der internationalen Arbeitsteilung. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg 2002, S. 85-110.

eine Vielzahl der westdeutschen Investoren in Ostdeutschland Niederlassungen multinationaler Konzerne (z. B. Bayer, BMW, Siemens, Volkswagen), die sich hinsichtlich ihrer globalen Unternehmensstrategien und der oben erwähnten potentiellen Entwicklungsimpulse von „echten“ ausländischen Investoren in keiner Weise unterscheiden.²³

Aus diesen Gründen sind die Bundesbankdaten für den hier angestrebten Vergleich nicht sinnvoll verwendbar. Will man Ostdeutschland adäquat in die vergleichende Analyse einbeziehen, ist man auf alternative Datenquellen angewiesen, welche eine Identifikation der ausländischen und westdeutschen Betriebe erlauben und Angaben zu deren Anlageinvestitionen machen. Eine in diesem Sinne geeignete Datenquelle ist das IAB-Betriebspanel (vgl. Kasten 2), das im Folgenden für die Darstellung Ostdeutschlands verwendet wird.

Das Gewicht auswärtiger Unternehmen in Mitteleuropa und Ostdeutschland

Die Abbildung gibt einen Überblick über den prozentualen Anteil der auswärtigen Investoren hinsichtlich ausgewählter ökonomischer Kennzahlen. Im Fall der mitteleuropäischen Länder beziehen sich die Angaben auf Unternehmen mit einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10% (WIIW-Daten), für Ostdeutschland gilt eine ausländische bzw. westdeutsche Mehrheitskapitalbeteiligung als Definitionskriterium (IAB-Panel). Dieser Unterschied ist de facto aber marginal, da sowohl in Ostdeutschland als auch in den mitteleuropäischen Ländern die auswärtigen Investoren in der Regel eine ausländische Mehrheitskapitalbeteiligung aufweisen.²⁴

²³ Empirische Studien, die sich mit auswärtigen Investoren in Ostdeutschland beschäftigen, argumentieren ähnlich und fassen ausländische und westdeutsche Investoren zusammen. Vgl. LIEB DOZDY, E. E.; MEYER, K.: Context Sensitivity of Post-Acquisition Restructuring: An Evolutionary Perspective. CEES Working Paper No. 36. Kopenhagen 2000, p. 4. – PERI, G.; URBAN, D.: The Veblen-Gerschkenron Effect of FDI in Mezzogiorno and East Germany. Hungarian Academy of Sciences, Institute of Economics, Discussion Paper Nr. MT-2003/2, Budapest, p. 12.

²⁴ Eine Sonderauswertung der Deutschen Bundesbank zeigt für das Jahr 2001, dass in den neuen Bundesländern 96% der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung eine Mehrheitskapitalbeteiligung aufweisen. In Ungarn verzeichneten nach Angaben des Statistischen Zentralamtes 1999 bereits 81% aller Unternehmen mit ausländischer Kapitalbetei-

Kasten 2: Das IAB-Betriebspanel

Das IAB-Betriebspanel ist eine vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg jährlich durchgeführte repräsentative Befragung von Betrieben in Ost- und Westdeutschland. Die als Panelerhebung angelegte Befragung beruht auf einer Zufallsstichprobe, die aus der Betriebsdatei der Bundesagentur für Arbeit generiert wird. Die Betriebsdatei umfasst ca. 2,15 Millionen Betriebe und entsteht aus der Beschäftigtenstatistik, zu der Arbeitgeber alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten unter der Nummer ihres Betriebes melden. Die Schichtungsmerkmale der Stichprobenziehung sind: 20 Branchen, 10 Betriebsgrößeklassen und die Regionen Ost- und Westdeutschland. Im Jahr 2003 wurden bundesweit ca. 16 000 Betriebe befragt. Die Rücklaufquote liegt regelmäßig bei ca. 70%. Das IAB-Betriebspanel ist in erster Linie eine Befragung zu arbeitsmarkt- und beschäftigungsrelevanten Aspekten. Es werden aber auch allgemeine betriebliche Kennzahlen erfasst, wie z. B. Umsatz, Vorleistungen und Anlageinvestitionen. Eine Klassifikation der Betriebe nach Eigentumsstatus (mehrheitlich „ostdeutscher“, „westdeutscher“ oder „ausländischer“ Besitz) ist möglich.^a

^a Für weitere Informationen zum IAB-Betriebspanel siehe KÖLLING, A.: The IAB Establishment Panel, in: Schmollers Jahrbuch, Band 120, 2000, S. 291-300.

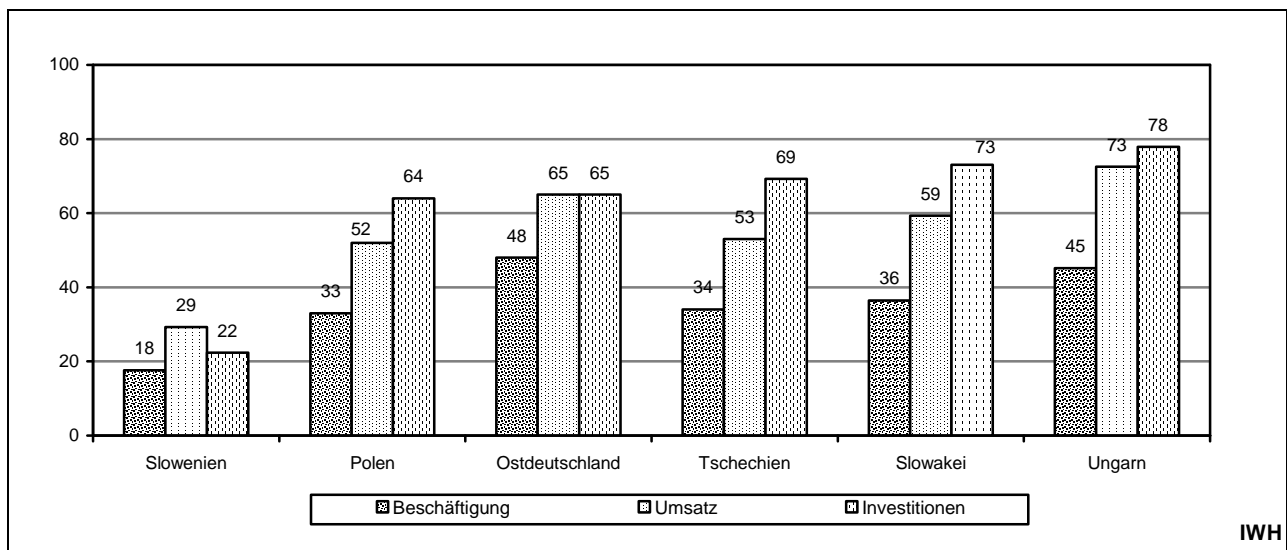
Im Jahr 2001 betrug der Anteil der ausländischen und westdeutschen Investoren an den Anlageinvestitionen in Ostdeutschland 65% (dabei entfallen auf ausländische Investoren zehn Prozentpunkte und auf westdeutsche Investoren 55 Prozentpunkte).²⁵ An der Höhe dieses Anteils (und dem Verhältnis zwischen ausländischen und westdeutschen Unternehmen) hat sich seit 1997, dem Jahr für das erstmals entsprechende Angaben vorliegen, im Wesentlichen nichts geändert. Dennoch ist anzunehmen, dass sich der gegenwärtig zu verzeichnende relativ hohe Anteil in der ersten Hälfte der 90er Jahre sukzessive aufgebaut hat.

ligung eine Mehrheitskapitalbeteiligung. Vgl. HUNGARIAN CENTRAL STATISTICAL OFFICE: Foreign Direct Investment in Hungary 1998-1999. Budapest 2001, p. 25. In Polen verzeichneten im Jahr 2003 93% der Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung eine Mehrheitskapitalbeteiligung. Vgl. PAIIZ: List of Major Foreign Investors in Poland. Warschau 2003.

²⁵ Die Berechnung dieser Anteile erfolgte unter Verwendung von Hochrechnungsfaktoren.

Abbildung:

Anteil der Unternehmen mit ausländischer (bzw. ausländischer oder westdeutscher) Kapitalbeteiligung an der Beschäftigung, dem Umsatz und den Anlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2001 - in % -



Ostdeutschland (inkl. Berlin-Ost): Betriebe aller Größenklassen, die sich mehrheitlich in ausländischem oder westdeutschem Besitz befinden; Polen: Unternehmen mit mehr als 5 Beschäftigten und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%; Tschechien: Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%; Ungarn: Unternehmen aller Größenklassen und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%. Slowakei und Slowenien: Unternehmen aller Betriebsgrößen und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%.

Quellen: Ostdeutschland: IAB-Betriebspanel; Berechnungen des IWH – MOE-Länder: „WIIW Foreign Investment Enterprise Database“.

Hinsichtlich der mittelosteuropäischen Länder verzeichneten im Jahr 2001 Ungarn (78%), die Slowakei (73%) und in geringem Umfang Tschechien (69%) höhere Anteile der ausländischen Unternehmen an den Anlageinvestitionen. Polen (64%) unterscheidet sich kaum von Ostdeutschland, während in Slowenien ein erheblich geringerer Anteil (22%) der Anlageinvestitionen auf ausländische Investoren entfällt.²⁶ Darstellungen des WIIW zeigen, dass sich der heute zu beobachtende hohe Anteil ausländischer Unternehmen an den Anlageinvestitionen in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei je nach Privatisierungspraxis und Aus-

gestaltung der Investitionsprogramme im Zeitverlauf unterschiedlich schnell entwickelt hat, wobei Ungarn eine Vorreiterrolle spielte.²⁷

Im Hinblick auf die anderen in der Abbildung dargestellten Kennzahlen (Umsatz, Beschäftigung) ist im Ländervergleich ein ähnliches Muster zu verzeichnen. Ostdeutschland fällt allerdings durch einen relativ hohen Anteil der auswärtigen Investoren an der Beschäftigung (48%) auf. Im Vergleich zu westeuropäischen Ländern verzeichnen Ostdeutschland und die mittelosteuropäischen Staaten – von Slowenien einmal abgesehen – ein hohes Gewicht der auswärtigen Investoren an den Anlageinvestitionen. Laut OECD betrug 1998 der Anteil der ausländischen Unternehmen an den Anlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes in

²⁶ Der permanent niedrige Anteil in Slowenien liegt darin begründet, dass das Land hinsichtlich der ausländischen Investoren einen „eigenen“ Weg verfolgte. Anders als in den meisten mittelosteuropäischen Ländern wurden ausländische Investoren nicht in großem Stil an der Privatisierung beteiligt, und auch das Anwerben von Greenfieldinvestments mittels großzügiger Subventionsprogramme spielte in der slowenischen Wirtschaftspolitik keine Rolle. Vgl. SIMONETTI, M.; ROJEC, M.; GREGORIC, A.: Privatization, Restructuring, and Corporate Governance of the Enterprise Sector, in: Mrak, M.; Rojec, M.; Silva-Jáuregui, C. (eds), Slovenia from Yugoslavia to the European Union. Washington (World Bank), 2004, pp. 224-243.

²⁷ In Ungarn betrug der Anteil ausländischer Unternehmen an den Anlageinvestitionen im Jahr 1996 bereits 82%. Zu diesem Zeitpunkt entfielen auf ausländische Unternehmen in Polen 31%, in Tschechien 34% und in der Slowakei 25% der Anlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes. Vgl. HUNYA, G.: Recent Impacts of Foreign Direct Investment on Growth and Restructuring in Central European Transition Countries. WIIW Research Report Nr. 284, 2002, p. 10 f.

den Niederlanden 30%, in Frankreich 35%, in Finnland 14%, in Großbritannien 40% und in Schweden 20%.²⁸

Die Investitionsvolumina auswärtiger Unternehmen in Mittelosteuropa und Ostdeutschland

Tabelle 1 zeigt die absoluten Investitionsvolumina auswärtiger Investoren in Ostdeutschland, Polen, Tschechien und Ungarn. Für Ostdeutschland wurden die laut IAB-Panel ermittelten prozentualen Anteile der ausländischen und westdeutschen Investoren an den Anlageinvestitionen auf die amtliche Statistik der neuen Länder angewandt. Die amtliche Statistik weist als Vollerhebung die Bruttoanlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes in den neuen Ländern für Betriebe mit mehr als 20 Beschäftigten aus.²⁹ Für die mittelosteuropäischen Länder wird im Folgenden auf die Angaben zu den Anlageinvestitionen des WIIW zurückgegriffen.

Es zeigt sich, dass in Ostdeutschland durch auswärtige Unternehmen – auch im Zeitverlauf – jährlich insgesamt wesentlich höhere Investitionen getätigt wurden als durch ausländische Unternehmen in Polen, Tschechien und Ungarn. Allerdings gilt es auch die unterschiedliche Größe der Länder zu berücksichtigen, was durch die Darstellung der Anlageinvestitionen pro Kopf erfolgt (vgl. Tabelle 2). Ostdeutschland weist im Jahr 2001 etwa das Vierfache der Pro-Kopf-Investitionen Polens, fast das Doppelte des Wertes für Tschechien und das Anderthalbfache des Wertes für Ungarn auf.

²⁸ Vgl. OECD: Measuring Globalisation. The Role of Multinationals in OECD Economies. Paris 2002.

²⁹ Mit dem IAB-Panel kann das Investitionsvolumen unter Verwendung von Hochrechnungsfaktoren auch direkt ermittelt werden. Aus Gründen der Datengenauigkeit wurde aber einer Übertragung der Strukturwerte auf die amtliche Statistik der Vorzug gegeben. Das IAB-Panel unterschätzt die tatsächliche Höhe der Anlageinvestitionen, was verschiedene Ursachen haben kann. Vor allem ist anzunehmen, dass die in erster Linie auf Beschäftigungszahlen abstellenden Gewichtungsfaktoren bei der Hochrechnung von Investitionen zu Verzerrungen führen. Zum Einsatz des IAB-Panels in Studien zu ausländischen Unternehmen in Ostdeutschland siehe auch BELLMANN, L.; ELLGUTH, P.; JUNGNICHEL, R.: Produktivität in auslandskontrollierten Betrieben Ostdeutschlands, in: Bellman, L. (Hrsg.), Die ostdeutschen Betriebe in der internationalen Arbeitsteilung. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg 2002, S. 85-110.

Tabelle 1:
Anlageinvestitionen von Unternehmen mit ausländischer (bzw. ausländischer oder westdeutscher) Kapitalbeteiligung im Verarbeitenden Gewerbe
- Milliarden Euro, jeweilige Preise -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Ostdeutschland	---	---	4,9	4,2	3,9	4,4	5,3
Polen	---	---	---	3,4	---	3,5	3,3
Tschechien	0,6	0,9	1,0	1,1	1,7	1,3	2,0
Ungarn	0,8	1,0	1,2	1,3	1,7	2,0	2,3

Ostdeutschland (inkl. Berlin-Ost): Betriebe mit mehrheitlich ausländischer bzw. westdeutscher Kapitalbeteiligung und 20 oder mehr Beschäftigten; Polen: Unternehmen mit mehr als 5 Beschäftigten und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%; Tschechien: Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%; Ungarn: Unternehmen aller Größenklassen und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%.

Quellen: Ostdeutschland: IAB-Betriebspanel und Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH – Polen, Tschechien, Ungarn: „WIIW Foreign investment enterprise database“.

Um mögliche sektorale Unterschiede der Länder zu berücksichtigen, werden die Anlageinvestitionen pro Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes betrachtet (vgl. Tabelle 2). Die Unterschiede zwischen Ostdeutschland und den mittelosteuropäischen Ländern treten dabei noch deutlicher hervor: In den neuen Bundesländern sind die Anlageinvestitionen auswärtiger Unternehmen pro Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes etwa sieben mal höher als in Polen, sechs mal höher als in Tschechien und vier mal höher als in Ungarn. Diese um ein Mehrfaches höheren Anlageinvestitionen pro Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes in den neuen Ländern sind Ausdruck der wesentlich höheren Kapitalintensität in Ostdeutschland.

Ein direkter Vergleich der hier vorgelegten Investitionsangaben mit den Direktinvestitionszahlen wäre, wie die Darstellungen dieses Beitrags zeigen, weder zulässig noch sinnvoll. Dennoch zeigen die in diesem Beitrag vorgelegten Zahlen für die drei mittelosteuropäischen Länder von der Tendenz her eine gewisse Übereinstimmung mit den Direktinvestitionsstatistiken. Seit Beginn der Transformation verfolgt Ungarn eine ausgesprochen direktinvestitionsfreundliche Wirtschaftspolitik und gilt als führend hinsichtlich der Ansiedlung ausländischer Investoren. Tschechien änderte nach anfänglicher Zurückhaltung gegenüber ausländischen

Unternehmen ab 1998 seinen Kurs und zog seitdem in hohem Maße ausländische Investoren an. Die relativ schwache Rolle ausländischer Investoren in Polen ist ebenfalls aus der Direktinvestitionsstatistik bekannt.³⁰

Tabelle 2:
Anlageinvestitionen von Unternehmen mit ausländischer (bzw. ausländischer oder westdeutscher) Kapitalbeteiligung im Verarbeitenden Gewerbe - in Euro, jeweilige Preise -

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
	Anlageinvestitionen pro Kopf						
Ostdeutschland	---	---	318	274	257	290	351
Polen	---	---	---	89	---	90	85
Tschechien	61	90	93	104	162	127	194
Ungarn	75	95	115	130	170	193	225
	Anlageinvestitionen pro Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes						
Ostdeutschland	---	---	8791	7402	6747	7353	8643
Polen	---	---	---	1090	---	1281	1252
Tschechien	422	640	730	820	1300	1014	1521
Ungarn	941	1175	1389	1425	1822	2135	2393

Ostdeutschland (inkl. Berlin-Ost): Betriebe mit mehrheitlich ausländischer bzw. westdeutscher Kapitalbeteiligung mit 20 oder mehr Beschäftigten; Polen: Unternehmen mit mehr als 5 Beschäftigten und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%; Tschechien: Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%; Ungarn: Unternehmen aller Größenklassen und einer ausländischen Kapitalbeteiligung von mehr als 10%.

Quellen: Ostdeutschland: IAB-Betriebspanel und Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH – Polen, Tschechien, Ungarn: „WIIW Foreign investment enterprise database“.

Schlussfolgerungen

Die im Vergleich zu den mittelosteuropäischen Ländern deutlich höheren Anlageinvestitionen auswärtiger Investoren in Ostdeutschland liegen vor allem darin begründet, dass die neuen Bundesländer schon mit der Wiedervereinigung 1990 der EU beitraten. Dies signalisierte auswärtigen Investoren Rechtssicherheit, einfacheren Warenverkehr usw. Ferner lockten in Ostdeutschland wesentlich höhere finanzielle Förderungen, und im Hinblick auf die westdeutschen Investoren entfallen die Sprach-

barrieren, ein Aspekt, der – wie auch das Beispiel Irlands zeigt – nicht zu unterschätzen ist.

Bemerkenswert ist allerdings der seit 1995 nahezu ungebrochene Anstieg der Investitionen durch ausländische Unternehmen in Ungarn und Tschechien. Hier verdreifachten sich im Betrachtungszeitraum die Investitionen pro Kopf bzw. pro Beschäftigten des Verarbeitenden Gewerbes. Ein entsprechender Trend ist in Ostdeutschland nicht sichtbar, was vermutlich daran liegt, dass sich entsprechende Entwicklungen schon früher vollzogen haben. Ob und inwiefern die gestiegenen Anlageinvestitionen in Mitteleuropa, speziell in Tschechien und Ungarn, zulasten Ostdeutschlands gingen, kann im Rahmen dieses Beitrags allerdings nicht beantwortet werden.³¹ Dies bleibt, ebenso wie die Wirkungsanalyse auswärtiger Investitionen, aus denen dann auch wirtschaftspolitische Empfehlungen abgeleitet werden können, weiteren Untersuchungen vorbehalten.³²

Neben dem hier angestellten Ländervergleich sollte der vorliegende Beitrag auch die Grenzen des Konzeptes „Direktinvestition“ aufzeigen und als Plädoyer für die Verwendung der Angaben zu den Anlageinvestitionen ausländischer Unternehmen verstanden werden.

Jutta.Guenther@iwh-halle.de

³¹ Zum Zusammenhang zwischen EU-Osterweiterung und Direktinvestitionstätigkeit, auch im Hinblick auf die neuen Bundesländer, siehe RAGNITZ, J.: EU-Osterweiterung: Auswirkungen auf Direktinvestitionen und Handel, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 7/2004, S. 199-204.

³² Zur Wirkungsanalyse eines möglichen Technologietransfers im Sinne von Spillovers von auswärtigen zu einheimischen Unternehmen in Ostdeutschland siehe: LEHMANN, H.; GÜNTHER, J.: *Technology Spillovers from External Investors in East Germany: no Overall Effects in Favor of Domestic Firms*. IWH-Diskussionspapier Nr. 198 (2004). Zur Produktivität ausländischer Unternehmen in Ostdeutschland siehe BELLMANN, L.; ELLGUTH, P.; JUNGnickel, R.: *Produktivität in auslandskontrollierten Betrieben Ostdeutschlands*, in: Bellman, L. (Hrsg.), *Die ostdeutschen Betriebe in der internationalen Arbeitsteilung*. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg 2002, S. 85-110. Mit dem Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in Ostdeutschland beschäftigen sich BELITZ, H.; BRENKE, K.; FLEISCHER, F.: *Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern*. DIW-Sonderheft Nr. 169. Duncker & Humblot, Berlin 2000.

³⁰ Vgl. HUNYA, G.; STANKOVSKY, J.: *WIIW-WIFO Database. Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe with Special Attention to Austrian FDI Activities in this Region*. July 2004.